

Straßauer Zeitung.

Freitag den 9. October

1863.

Die „Straßauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-
preis für Straßau 3 fl., mit Verlängerung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 9 Mrt.
Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergeschossigen Petizette für die erste Einrichtung 7 Mrt.
für jede weitere Einrichtung 3½ Mrt. Stempelgebühr für jede Einrichtung 30 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder
übernimmt Karl Budweiser. — Beziehungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Mit der allerhöchsten Entschließung vom 4. October d. J. wurde dem Vorstande der zweiten Abtheilung im Marineministerium Obersten Marineur Dr. Stephan von Patay bei dessen auf sein Bitte erfolgter Verlegung in den normalmäßigen Dienststand für seine lange und ehrwürdige Dienstleistung die Allerhöchste Zuständigkeit bezeugt.

Mit derselben Allerhöchsten Entschließung wurde der Marinaboxari Dr. August Zilek zum Obersten Marinearzte ernannt. Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. September d. J. dem Hof- und Geistes-advocaten Dr. Anton Wiltner im Vereine mit anderen Stanzen genossen die Gründung einer juristischen Gesellschaft in Wien allgemein zu bewilligen gerath.

Nichtamtlicher Theil.

Straßau, 9. October.

Wie der „Botschafter“ vernimmt, sind die Antworten der meisten reformfreudlichen deutschen Regierungen auf das letzte Circular schreiben der österreichischen Regierung, in welchem diese den genannten Regierungen ihre Auffassung der Antworten des Königs von Preußen auf die Collectivanziege des Frankfurter Reformwerkes mittheilt, in Wien bereits eingetroffen. Dieselben stimmen durchaus mit der österreichischen Auffassung überein; keine der Regierungen faßt in der preußischen Antwort ein Einsehen colportirt. Das St. Petersburger Cabinet will offenbar aus dem herannahenden Winter einen doppelten Vorteil ziehen: er soll nicht nur die kriegerischen Operationen unmöglich machen, sondern auch den Intrigen der Salons, den Interventionen hoher und höchster Persönlichkeiten, den besonderen Missionen und — den geheimen Rüstungen seine Lust leihen. Von der letzten Note hoffte man zuverlässig, daß sie die Allianz der drei intervenirenden

Mächte mit einem Schlag in die Lust sprengen werde und auch jetzt geben unsere Russen und Russophilen diese Hoffnung noch nicht auf, nur gedenkt man das Ziel auf einem anderen Wege als dem offiziellen der Diplomatie zu erreichen. Paris sieht einer sehr lebhaften Saison entgegen.

Zu der Isolirung Frankreichs in der polnischen Frage sieht die „Presse“ die größte Gefahr. Frankreich, meint die „Presse“, ist schwer getroffen, tief verletzt, furchtbar gedemütigt, wenn es verurtheilt bleibt, sein Brennenschwert in der Scheide zu behalten. Dazu hat es nicht blos eine Rationalität im

Stiche gelassen, gegenüber Russland den kürzeren gegangen, sondern es wird dadurch eine Thatjache bloss gelegt, die den eigentlichen Schlüssel zur gegenwärtigen Lage gibt, und diese Thatjache ist, daß nicht Russland, welches Polen in eine Wüste verwandelt, sondern daß das napoleonische Frankreich trotz aller seiner Erfolge in Europa völlig isolirt dasteht. Oder ist es etwas anderes, als die völlige Isolirung, wenn alle Anstrengungen des Tsilierencabinetes, eine Allianz gegen Russland zusammenzubringen, scheitern, wenn England erklärt, es werde niemals für Polen Krieg führen, und wenn Österreich auf alle französischen Vorstellungen antwortet, es werde niemals weiter gehen als England? Fürwahr, eine läglidere Situation kann nicht gedacht werden, und den wirklichen Vortheil daraus zieht Niemand als Russland, das mit Recht gewünschte, aber bis jetzt leider völlig siegreich gebliebene Russland.

Die „Ost. Post“ betont, daß die polnische Frage eine für Österreich sehr ernste Wendung nehme. Speziell für Österreich, weil die beiden großen Seestaaten, trotzdem sie die große Lärmpause schlagen, doch weit vom Schutze bleiben, während der österreichische Staat in einer Länge von mehr als neunzig Meilen an Russland gränzt. Auch die „Ost. Post“ weist darauf hin, daß Frankreich gern Österreich zur Avantgarde in einem Kriege gegen Russland haben möchte. Die Erklärung, daß Russland seine Rechtsmittel auf Polen eingesetzt habe, soll der Hebel sein, um Österreich aus seiner reservirten Stellung zu drängen. Diese Erklärung aber heißt soviel, als daß die Russen ohne Recht in Polen sind, daß der Aufstand der Polen keine Revolution, sondern ein berechtigter Kampf gegen die Invasion der Russen sei. „Doch man in Wien schwer sich entschließen wird, auf ein so drastisches Prinzip sich einzulassen, ist — sagt die „Ost. Post“ — leicht zu begreifen. Aber auch die Aufforderung der Westmächte ganz zurückzuweisen, ist unmöglich. Die Situation ist unendlich gefährlich und schwierig.“

Die Ansprache des Erzherzogs Ferdinand Max an die mexikanische Deputation findet in den Pariser Blättern ungetheilte Anerkennung; nur der Clerical-Monde zeigt sich verstimmt darüber, daß der Prinz die religiöse Frage nicht berührt habe.

Natürlich, meint dazu der Pariser Corresp. der G. C., es wäre überaus weise gewesen, noch vor der definitiven Annahme der Krone sich sogleich über eine

specielle Frage auszulassen und die Leidenschaft der Parteien anzufachen in dem Augenblicke, da man sie beschwören will! In den officiellen Kreisen hat die

Erläuterung des Erzherzogs in Form und Inhalt befriedigt und man will Alles aufzubieten, den Bedin-

gungen, welche Se. kais. Hoheit stellte, in möglichst kurzer Frist gerecht zu werden. Neben die baldige Herstellung der Autorität in den von Juarez noch terrifizirten Theilen des Landes äußert man sich sehr zuversichtlich und rechnet darauf, noch in diesem Jahre die legitime Grundgebung der gesamten mexicanischen Bevölkerung über die Thronfrage einholen zu können. Mit England wird über den Garantiepunkt lebhaft unterhandelt, doch wäre es voreilig, wollte man in dieser Richtung schon positive Ausschlüsse geben; die Ned. Lord John Russell's in Blaigormie constatirte verständlich genug die unentschlossene Haltung des Cabinets von St. James.

Während fast alle Großmächte, schreibt man dem „Botschafter“ aus Paris, dem Kaiser im vertraulichen Wege ihre Geneigtheit bekannt geben ließen, das neu zu begründende mexikanische Kaiserreich anzuerkennen, erwartet man von Russland, daß eine

solche Erklärung bis jetzt nicht abgegeben, eine entschiedene Weigerung.

Der „Gen.-C.“ schreibt man aus Paris, d. d.: Die hier weilenden Russen, bekanntlich ein sehr starker Bruchteil unserer höheren Gesellschaft, trugen schon seit Monaten eine ganz unabkömmlige Kriegslust zur Schau; in den letzten Tagen jedoch hat die Stimmung umgeschlagen und eine große Zahl von Transactionsverlusten aller Art wird in diesen Kreisen colportirt. Das St. Petersburger Cabinet will offenbar aus dem herannahenden Winter einen doppelten Vorteil ziehen: er soll nicht nur die kriegerischen Operationen unmöglich machen, sondern auch den Intrigen der Salons, den Interventionen hoher und höchster Persönlichkeiten, den besonderen Missionen und — den geheimen Rüstungen seine Lust leihen. Von der letzten Note hoffte man zuverlässig, daß sie die Allianz der drei intervenirenden

Mächte mit einem Schlag in die Lust sprengen werde und auch jetzt geben unsere Russen und Russophilen diese Hoffnung noch nicht auf, nur gedenkt man das Ziel auf einem anderen Wege als dem offiziellen der Diplomatie zu erreichen. Paris sieht einer sehr lebhaften Saison entgegen.

Die Befredigungen, welche der Prinz Napoleon mit Lord Palmerston gesprochen, dürften nun doch nach einem Londoner Schreiben des „Botschafter“ die Wirkung haben, daß Graf Walewski den dortigen Gesandtschaftsposten übernehmen wird. Außerdem bestätigen dies im vollen Maße, nur das „wann“ scheint noch nicht entschieden zu sein. Graf Walewski hat — so wird in Albertgate, wo man über derlei Dinge sehr gut unterrichtet sein kann, versichert — bereits ein Hotel in der Grosvenor-Street zwischen Kensington und der Belgravia gemietet, welches Herr Marion gehört und im vorigen Jahre an die Lady Ashburnham vermietet war. Der Graf zahlt für dasselbe 40,000 Francs Miethe. Die Gräfin Walewska hat für die Dauer der nächsten Parlamentsession eine Loge in Her Majesty's Opera bestellt.

Herr Rigra wird gleich nach der Abreise des Kaisers von Biarritz ebenfalls von Aix-les-Bains nach Paris zurückkehren. Die eigenthümliche Phase, in welcher die europäische Politik sich in diesem Augenblick befindet, verlangt nach der Ansicht des Turiner Correspondenten der „A. Z.“ seine Anwesenheit in Paris, da eine entscheidende Wendung in der Haltung Italiens jetzt jeden Augenblick eintreten kann.

Die Zurückberufung der schweizerischen Gesandtschaft aus Japan ist nach dem Berner Correspondenten der „A. Z.“ eine Folge des letzten Berichtes des Herrn Aimé Humbert. Derselbe geht bis zum 28. Juli und meldet den definitiven Ausbruch des Krieges zwischen den Mächten und der japanischen Regierung. Nachdem sich eine jede der drei Mächte England Amerika und Frankreich, für die ihnen seitens einzelner Daimios angethanen Beleidigungen gerächt hatte, haben sämtliche in Yokohama weilende Holländische, amerikanische, englische und französische Repräsentanten nebst den militärischen Befehlshabern am 25. Juli in dieser Stadt einen Kriegsrath abgehalten, in welchem das gemeinsame kriegerische Vorhaben gegen die japanische Regierung beschlossen ward. Den Mächten stehen drei englische, zwei französische, ein holländisches und ein amerikanisches Kriegsschiff nebst ca. 1000 Mann Landungstruppen zu Gebote, welche Macht nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen bei der japanischen Kriegsführung vollständig ausreichend sei.

Wie der „Moniteur“ meldet, beginnt die Situation in Syrien sehr unbeschiedigend zu werden. Banden von Drusen aus dem Hauran erscheinen vor Damask und hemmen den Handelsverkehr.

Der Charleston Mercury vom 5. vorigen Monats schreibt: Obwohl es der Congres mit dem Mantel des Geheimnisses zu verdecken sucht, so hat es sich dennoch durch selbstredende Fakta zur Genüge heraus-

gestellt, daß Präsident Davis zur Leitung der Angelegenheiten der Conföderation total impotent ist. Er hat sowohl das Vertrauen der Armee als des Volkes verloren und wenn morgen eine Präsidentenwahl stattfände, so glauben wir, daß er nicht die Stimme eines einzigen Staates in der Conföderation erhielte. Wenn jedoch der provvisorische Congress seine Pflicht gethan hätte, wenn der gegenwärtige Congress keine Pflicht thun würde, so könnte der Präsident schon zu der erforderlichen Energie angetrieben werden. Er ist Präsident der Conföderirten Staaten auf 6 Jahre. Die Constitution hat sich noch nicht als unangemessen erwiesen, um seine Schwachköpfigkeit berichtigten zu können (to rectify his imbecillities).

Es heißt, der Präsident von Hayti, General Gessard, habe Frankreich das Protectorat über die Republik angeboten.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Vortrag, welchen der Herr Finanzminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. M. gehalten, besagt im Besentlichen:

Die zweckmäßige Einrichtung der directen Besteuerung ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Gesetzgebung. In Desterreich liegt in den bestehenden Ungleichheiten, in dem bisherigen Mangel einer einheitlichen und systematischen Begründung und Entwicklung der nur stückweise den momentanen Bedürfnissen angepaßten und teilweise auf veralteten Gesetzen beruhenden Steuern eine Aufforderung zur Bringung eines den geänderten Verhältnissen entsprechenden und in sich abgeschlossenen Steuersystems. So finden wir, abgesehen vom Grundsteuergefege in der Militärgrenze, in den übrigen Theilen der Monarchie selbst verschiedene Grundsteuersysteme neben einander in Wirksamkeit. — Redner führt die bestehenden Ungleichheiten des Nähren auf und meint, alle die Anomalien und Ungleichheiten geben unserem bestehenden Steuer-Einrichtungen das Gepräge einer Cumulation von Maßregeln, welche ohne systematische Ordnung und Übereinstimmung nur durch die Utilität im Orange der Umstände allmälig hervorgerufen waren, wobei noch das finanzielle Interesse hinzutreten ist, welches stärker war als das Princip.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge schreiten zu dürfen. Er habe sich dabei die Aufgabe gestellt, das eingemachte Materiale noch einmal einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und mit Benützung der Fortschritte auf dem Principe dieser beiden Steuertypen Umgang zu nehmen und schließlich den günstigsten zu wählen.

Diese Wahrnehmungen und Erwägungen hätten seinen Vorgänger im Amt bestimmt, die Reform der directen Steuern in ernsten Angriff zu nehmen. Redner erwähnt nun der verschiedenen Bemühungen, welche gemacht wurden, um eine Reform einzuführen, erwähnt der Immediat-

Commission, dann der bezüglichen Arbeiten in verschiedenen Landtagen, des in der vorjährigen Session des Reichsrathes eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Revision des stabilen Katalasters, und führt an, daß er bei der immer dringender nothwendig gewordenen Regelung der directen Besteuerung in all ihren Zweigen sich die allernächstige Erhöhung erwirkt habe, von dem im allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar 1861 bezeichneten längeren Weg der Erstattung von Reform-Vorschlägen Umgang zu nehmen und schon gegenwärtig zur Erfüllung neuer Anträge

Erbrebssteuer zu entrichten. Mit Rücksicht auf die Be- forderung der Geldanammlung wurde auch den Einlagen in die auf Gewinn berechneten Sparkassen einzelner Actien unternehmungen die bisherige Steuerfreiheit belassen.

Redner glaubt für die Vorlage das Verdienst einer fleißigen, consequent gedachten Arbeit, welche einer gründlichen Prüfung würdig ist, in Anspruch nehmen zu dürfen. Einer von der Einheit und Sachkenntniß der h. Reichsvertretung getragenen Verbesserung seien sie fähig, diese aber könne der Regierung nur willkommen sein. Redner übergeht nun zur Befreiung der für die Finanzperiode 1864 zur theilweisen Deckung des Deficits in Antrag gebrachten außerordentlichen Steuern, und sagt:

Da alle einen lohnenden finanziellen Erfolg versprechenden Ertragsobjekte als solche bereits bis an die billigen Gränzen ihrer Leistungsfähigkeit ins Mitleiden gezogen sind, so kann die Finanz-Verwaltung nur in dem Bereich der Personalleistung sich eine neue Einnahmesquelle eröffnen, welche mit wissenschaftlichen Grundzügen und mit der alten Praxis sowohl im Österreich als andern Staaten nicht im Widerspruch steht, und deshalb bringt er die Einführung einer combinirten Personal-, Luxus- und Klassensteuer im Vorschlag, welche zur theilweisen Deckung des Überganges für die 14 monatliche Finanzperiode 1864 mit dem Betrage von 16,115.200 fl. erhoben werden soll. Das mit 5,615.200 fl. projectierte Ergebniß der in 3 Stufen mit den mäßigen Sätzen von 22 fr., 50 fr. und 1 fl. für einen Kopf der Bevölkerung von 16 Jahren aufwärts veranschlagten Personalsteuer, dann der mit einer Million berechnete Ertrag der auf die Dienerschaft, Pferde und Wagen gelegten Luxussteuer soll von den obigen Summen auf Grund der erfolgten Steuervorschrift abgezogen, und der verbleibende Rest durch einen nach der Höhe des freien, reinen Gesamtmehraufkommens der Steuerpflichtigen progressiv abgestuften Klassensteuer aufgebracht werden. Das freie reine Einkommen nach Abzug aller aus privatrechtlichen Titeln darauf befindlichen Lasten und der übrigen öffentlichen Abgaben wird zu diesem Zwecke nach 5 Klassen, und zwar das Einkommen von 600 bis 1000 fl. mit $\frac{1}{10}$, von 1000 bis 3000 fl. mit $\frac{2}{10}$, von 3000 bis 6000 fl. mit $\frac{3}{10}$, von 6000 bis 8000 fl. mit $\frac{4}{10}$, endlich das Einkommen über 8000 fl. mit dem ganzen Betrage in den Kataster aufgenommen. Das Einkommen unter 6000 fl. bleibt frei von der Klassensteuer. — Da die Veranlagung der Klassensteuer auf dem Bekenntnisse des Steuerpflichtigen beruht, so kann ein Controllsmitte nicht entbehrt werden, welches darin besteht, daß nach einer Analogie der französischen Gesetzgebung das Einkommen mit einem geringeren als dem vierfachen Betrage des Wohnzinses für die Privatwohnung des Steuerträgers veranschlagt werden darf. Ein weiteres Controllsmitte liegt im Kataster der Real-, Gewerbe- und Rentensteuer. In der Regel entspricht der Aufwand, insbesondere für die Wohnung, dem Einkommen, und gibt wenigstens einen Anhaltspunct für den Minimalbetrag des Letzteren. Die Einschätzung erfolgt durch Commissionen. Der bei Einhebung der Personal- und Luxussteuer sich etwa ergebende Ausfall wäre durch einen Zuschlag zur Klassensteuer zu decken. Für die Mitwirkung bei der Veranlagung und Einhebung der Steuern erhalten die Gemeinden von der Personalsteuer 10 %, von der Klassensteuer 5 % des an die l. f. Kassen zur Abfuhr gebrachten Betrages. Man wendet ein, daß mit Rücksicht auf den kurz bemessenen Zeitraum bis zum Beginne der neuen Finanzperiode es nicht mehr möglich sein werde, die beantragte außerordentliche Steuer noch in dieser Periode zur Ausführung zu bringen. Allein die Veranlagung der Personal- und Luxussteuer würde nach den gestellten Anträgen einen Zeitraum von vier Monaten in Anspruch nehmen. Gleichzeitig sind aber auch die Commissionen für die Prüfung der Bekanntnisse und Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens schon in Thätigkeit, wovon ein Zeitraum von sechs Monaten veranschlagt wird. Erwägt man, daß die kommende Finanzperiode einen Zeitraum von 14 Monaten umfaßt, die Personal- und Luxussteuer auf einmal, die Klassensteuer in 3 Terminen zu zahlen ist, so kann die administrative Möglichkeit der Durchführung dieser Steuer nicht wohl in Zweifel gezogen werden. Man erwäge auch, daß die Veranlagung der Einkommensteuer in England, und jene der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer in Preußen jährlich erhoben, und daß auch die dermalen bestehende Steuer in Österreich im Laufe des mit 1. November 1849 begonnenen Verwaltungsjahres 1850 neu eingeführt wurde, obgleich das a. h. Patent unter 29. October 1849 und die Durchführungs-Verordnung erst am 11. Jänner 1850 erschien.

(Schluß folgt.)

In seiner Abend-Plenarsitzung vom 6. d. beschäftigte sich der Finanzausschuß mit der Berathung des Erfordernisses für „Allgemeine Cassenverwaltung.“ Dieses Capitel ist in dem Staatsvoranschlag pro 1864 neu und umfaßt solche Gegenstände, welche die „Credit- und Geldmanipulationsauslagen“, dann „verschiedene Auslagen“, dann „Münz- und Wechselverlust“ in den früheren Budgets unter getrennten Rubriken erscheinen. Für Credit- und Geldmanipulationsauslagen wurden 195.000 fl. für die 14monatliche Finanzperiode in Anspruch genommen, aber nur 165.000 Gulden bewilligt. Der Abstrich wurde a) bei der Anforderung für Erzeugung, Druck und Ausfertigung von Crediteffekten mit 25.000 fl. mit Rücksicht auf den Umstand vorgenommen, daß der Vorraht an Blanquetten für die Verwechslung der Blanquetten ausreichend, soferne sich aber der Bedarf auf den Druck von Münzscheinen bezieht, an die rasche Einführung der Münzscheine bei dem Ueberflusse an Silbertheidebüchern zu denken sei. Ein weiterer Abstrich wurde b) bei den Transportkosten aus Anlaß der Einberufung älterer 1 und 1½ Kreuzerstücke vorgenommen, da diese Post unter einer andern Rubrik („Haupt- und Länderkassen“) bewilligt werden wird. Die Devision-Provisionen sind mit 95.000 fl. angelegt und bewilligt. An Münz- und Wechselverlust wurden für die 12 Monate 1.690.759 fl. und für

die 2 Monate 2.278 fl., zusammen 1.693.037 fl. mit allen Mitteln angestrebt werden, weil sonst jene von das Manuscript von S. Germain 1875 aus diesem alten verloren gegangenen Veroneischen Codex abgeschrieben sei, was für die Critik des Textes Wichtigkeit hat. Lange von Gießen trug vor über die sogenannte Transitio ad plebem, d. h. wie römische Patrizier Plebejer wurden, um zum Volkstribunat zu gelangen. Ein er von Lemberg behandelte sodann Horaz Epode XVI kritisch und ergetisch, zwar kühn aber geschickt. Ihm opponierte Eckstein und v. Leutsch aus Göttingen wurde veranlaßt, sich bei dieser Gelegenheit über die Stropheneinteilung bei diesem Dichter auszusprechen. Der Vicepräsident Dietrich hielt eine kurze Schluzrede, worauf Hause von Breslau den üblichen Dank darbrachte. Nachmittags verließen die Meisten die freundliche gastliche Stadt in dankbarer Erinnerung der froh verlebten Tage.

Aus „sicherer Quelle“ kann ein Hamburger Corresp. der „A. B.“ mittheilen, daß die dänische Regierung einen Contract auf Lieferung von Steinkohlen für die Schiffe abzuschließen im Begriffe steht, welche die Elbe blockiren sollen.

Se. f. Hoheit der Herr Erzherzog Rainer wird heute Audiizen ertheilen.

Der Finanzminister v. Plener wird am kommenden Dienstag von seinem Landaufenthalt in Hezen-dorf nach Wien kommen.

Die verwittwete Königin Theresia von Neapel, die mit ihrer Familie und ihrem Hofstaat den Sommer in der Weilburg zugebracht hat, trifft bereits Anfalten zu ihrer Rückkehr nach Rom. Nur die beiden älteren der vier königlichen Prinzen bleiben hier, da sie in die f. ö. österreichische Armee eingetreten. Dem Vernehmen nach wird die Königin Theresia auf den Wunsch ihres erlauchten Bruders, des Erzherzogs Albrecht, ihren Namenstag (15. d.) noch in der Mitte ihrer Verwandten zu bringen. Die Abreise Ihrer Majestät nach Rom ist auf den 18. d. anberaumt.

Se. Em. der Herr Cardinal Ritter v. Rauscher ist von seinem Landaufenthalt St. Veit nach Wien übersiedelt. — Kriegsminister Graf v. Degenfeld ist von Ischl bereits abgereist. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses Ritter v. Hasner hat gestern das Diplom erhalten, mittels welchen ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Saaz verliehen wird.

Fürst Lothar Metternich wird heute auf Be-mittagsitzung des Finanzausschusses vom 7. d. wurde das Erfordernis für die „Finanzverwaltung“ berathen. Heute wurden Titel: „Centralleitung; Finanz-Landes-Directionen und Steueradministrationen, dann Finanz-Bezirks-Directionen“ erledigt. Die Verhandlung bot

ein hervorragendes Interesse; es handelte sich um zahlreiche Administrationsdetails. Von den neuen Ausschüssen haben am 7. der Ausschuß für den Mühlviertel Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung und der Ausschuß zur Vorbehaltung der formellen Behandlung der Reformsteuer-Vorlagen Sitzung gehalten.

Der Ausschuß zur Berathung der Subvention für die Lemberg-Czernowitz Bahn hat, der „G.-C.“ zufolge, beschlossen, die Regierung vorerst um Mittheilung der Concessionsurkunde zu ersuchen (s. u.).

Der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. zur Vorberathung der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn niederge setzte Ausschuß hat sich bereits constituiert und seine erste Sitzung gehalten. Es wurde, der „Ostd.-Post“ zufolge, beschlossen, in die Frage der Subventionierung nicht einzugehen, bevor nicht alle auf die Concessionierung bezüglichen Urkunden dem Reichsrath vorgelegt seien werden.

Dem Gesetzentwurf über Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn, welcher dem Herrn Handelsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. eingebracht wurde, war ein Bericht beigegeben, dem wir nachfolgende Daten entnehmen: Fürst Leo Sapieha, Ritter v. Borkowski und die Engländer Drake, Rate und Brausey suchten die Concession zum Anschluß der galizischen Bahn zu erhalten, beanspruchten jedoch die Gewährleistung von 5½ Percent Reinertrag für ein Capital von 31 Mill. Gulden Silber; ferner eine gleiche Garantie für das Anlagecapital einer Zweigbahn nach Stryj; endlich Befreiung auf 5 Jahre von der Einkommensteuer. Ursprünglich verlangten die Concessionswerber die Garantie in Bankvaluta von der Pauschalsumme per 33½ Mill. Gulden östl. Währ. Den Kaiserlichen Beförder ist die Genehmigung des Bauprojectes und der Detailpläne vorbehalten; die Staatsverwaltung ist berechtigt, den Bau und die Betriebeinrichtung zu inspizieren und zu verlangen, daß Gebrechen befeitigt werden. Die Regierung spricht sich für eine Pauschalierung des Anlagecapitals aus, diese Modalität verdiente den Vorzug vor der Garantirung des erst nachzuweisenden Anlagecapitals; im vorliegenden Falle liege kein Bedenken gegen die Bewilligung der Pauschalsumme, jedoch liegen noch keine Pläne und Kostenüberschläge vor. Die vorgenommenen Studien einer Bahnlinie zwischen Lemberg-Czernowitz gewähren keinen Anhaltspunct und die Concessionswerber wollen im Besitze der Concession sein, bevor sie das Project anstrengen lassen, um nicht 50.000 fl. Spejen einzubüßen. Der Regierungsbericht berechnet, daß der Durchschnittspreis der Baumile mit 775.000 fl. ein verhältnismäßig niedriger sei, und da bei Vollendung der Bahn kein Silveragio existieren wird, so könne 1. die Pauschalsumme von 31 Millionen angenommen, 2. die Gewährleistung von 5½ Percent in Silber verwilligt werden. Die Jahresquote sei rund 1.550.000 fl., die Capitalstilzung 50.000 fl. Die aus dem Titel der Staatsgarantie zu zahlende Summe sei bloss ein Vorschuß, mit vier Percent verzinstlich, rückzahlbar. Die Vor-, respective Zu schüsse seien drei Monate nach überreichter Jahresrechnung und nicht früher flüssig zu machen. Auch für die fünfjährige Befreiung von der Einkommensteuer votirt der Regierungsbericht. Ueberhaupt wird hergehoben, daß die Ausführung dieser Linie, welche bestimmt ist, das schwarze und das baltische Meer zu verbinden, da Fürst Sapieha im Verein mit Mavrojeni bereits die Concession für eine Bahn von Galatz zur Bułowa in Gränze erhielt, äußerst wünschenswert sei. Die erhaltenen Concession und die bewilligte Garantie würden das Aufstellen der Geldmittel in London erleichtern. Die wurden für die 12 Monate 1.690.759 fl. und für

die 2 Monate 2.278 fl., zusammen 1.693.037 fl. mit allen Mitteln angestrebt werden, weil sonst jene von das Manuscript von S. Germain 1875 aus diesem alten verloren gegangenen Veroneischen Codex abgeschrieben sei, was für die Critik des Textes Wichtigkeit hat. Lange von Gießen trug vor über die sogenannte Transitio ad plebem, d. h. wie römische Patrizier Plebejer wurden, um zum Volkstribunat zu gelangen. Ein er von Lemberg behandelte sodann Horaz Epode XVI kritisch und ergetisch, zwar kühn aber geschickt. Ihm opponierte Eckstein und v. Leutsch aus Göttingen wurde veranlaßt, sich bei dieser Gelegenheit über die Stropheneinteilung bei diesem Dichter auszusprechen. Der Vicepräsident Dietrich hielt eine kurze Schluzrede, worauf Hause von Breslau den üblichen Dank darbrachte. Nachmittags verließen die Meisten die freundliche gastliche Stadt in dankbarer Erinnerung der froh verlebten Tage.

Aus „sicherer Quelle“ kann ein Hamburger Corresp. der „A. B.“ mittheilen, daß die dänische Regierung einen Contract auf Lieferung von Steinkohlen für die Schiffe abzuschließen im Begriffe steht, welche die Elbe blockiren sollen.

Se. f. Hoheit der Herr Erzherzog Rainer wird heute Audiizen ertheilen.

Der Finanzminister v. Plener wird am kommenden Dienstag von seinem Landaufenthalt in Hezen-dorf nach Wien kommen.

Die verwittwete Königin Theresia von Neapel, die mit ihrer Familie und ihrem Hofstaat den Sommer in der Weilburg zugebracht hat, trifft bereits Anfalten zu ihrer Rückkehr nach Rom. Nur die beiden älteren der vier königlichen Prinzen bleiben hier, da sie in die f. ö. österreichische Armee eingetreten. Dem Vernehmen nach wird die Königin Theresia auf den Wunsch ihres erlauchten Bruders, des Erzherzogs Albrecht, ihren Namenstag (15. d.) noch in der Mitte ihrer Verwandten zu bringen. Die Abreise Ihrer Majestät nach Rom ist auf den 18. d. anberaumt.

Se. Em. der Herr Cardinal Ritter v. Rauscher ist von seinem Landaufenthalt St. Veit nach Wien übersiedelt. — Kriegsminister Graf v. Degenfeld ist von Ischl bereits abgereist. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses Ritter v. Hasner hat gestern das Diplom erhalten, mittels welchen ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Saaz verliehen wird.

Fürst Lothar Metternich wird heute auf Be-mittagsitzung des Finanzausschusses vom 7. d. wurde das Erfordernis für die „Finanzverwaltung“ berathen. Heute wurden Titel: „Centralleitung; Finanz-Landes-Directionen und Steueradministrationen, dann Finanz-Bezirks-Directionen“ erledigt. Die Verhandlung bot

ein hervorragendes Interesse; es handelte sich um zahlreiche Administrationsdetails. Von den neuen Ausschüssen haben am 7. der Ausschuß für den Mühlviertel Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung und der Ausschuß zur Vorbehaltung der formellen Behandlung der Reformsteuer-Vorlagen Sitzung gehalten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. Oct. „P. Hirnöf“ erfährt, daß Se. Majestät Se. Ex. den Erzbischof von Kalocsa, Joseph Kunß, gelegentlich des 50jährigen Priesterjubiläums des selben mit dem Großkreuz des St. Stephansordens zu decoriren geruhet.

Se. f. Hoheit der Herr Erzherzog Rainer wird heute Audiizen ertheilen.

Der Finanzminister v. Plener wird am kommenden Dienstag von seinem Landaufenthalt in Hezen-dorf nach Wien kommen.

Die verwittwete Königin Theresia von Neapel, die mit ihrer Familie und ihrem Hofstaat den Sommer in der Weilburg zugebracht hat, trifft bereits Anfalten zu ihrer Rückkehr nach Rom. Nur die beiden älteren der vier königlichen Prinzen bleiben hier, da sie in die f. ö. österreichische Armee eingetreten. Dem Vernehmen nach wird die Königin Theresia auf den Wunsch ihres erlauchten Bruders, des Erzherzogs Albrecht, ihren Namenstag (15. d.) noch in der Mitte ihrer Verwandten zu bringen. Die Abreise Ihrer Majestät nach Rom ist auf den 18. d. anberaumt.

Se. Em. der Herr Cardinal Ritter v. Rauscher ist von seinem Landaufenthalt St. Veit nach Wien übersiedelt. — Kriegsminister Graf v. Degenfeld ist von Ischl bereits abgereist. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses Ritter v. Hasner hat gestern das Diplom erhalten, mittels welchen ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Saaz verliehen wird.

Fürst Lothar Metternich wird heute auf Be-mittagsitzung des Finanzausschusses vom 7. d. wurde das Erfordernis für die „Finanzverwaltung“ berathen. Heute wurden Titel: „Centralleitung; Finanz-Landes-Directionen und Steueradministrationen, dann Finanz-Bezirks-Directionen“ erledigt. Die Verhandlung bot

ein hervorragendes Interesse; es handelte sich um zahlreiche Administrationsdetails. Von den neuen Ausschüssen haben am 7. der Ausschuß für den Mühlviertel Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung und der Ausschuß zur Vorbehaltung der formellen Behandlung der Reformsteuer-Vorlagen Sitzung gehalten.

Der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. zur Vorberathung der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn niederge setzte Ausschuß hat sich bereits constituiert und seine erste Sitzung gehalten. Es wurde, der „Ostd.-Post“ zufolge, beschlossen, in die Frage der Subventionierung nicht einzugehen, bevor nicht alle auf die Concessionierung bezüglichen Urkunden dem Reichsrath vorgelegt seien werden.

Dem Gesetzentwurf über Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn, welcher dem Herrn Handelsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. eingebracht wurde, war ein Bericht beigegeben, dem wir nachfolgende Daten entnehmen: Fürst Leo Sapieha, Ritter v. Borkowski und die Engländer Drake, Rate und Brausey suchten die Concession zum Anschluß der galizischen Bahn zu erhalten, beanspruchten jedoch die Gewährleistung von 5½ Percent Reinertrag für ein Capital von 31 Mill. Gulden Silber; ferner eine gleiche Garantie für das Anlagecapital einer Zweigbahn nach Stryj; endlich Befreiung auf 5 Jahre von der Einkommensteuer. Ursprünglich verlangten die Concessionswerber die Garantie in Bankvaluta von der Pauschalsumme per 33½ Mill. Gulden östl. Währ. Den Kaiserlichen Beförder ist die Genehmigung des Bauprojectes und der Detailpläne vorbehalten; die Staatsverwaltung ist berechtigt, den Bau und die Betriebeinrichtung zu inspizieren und zu verlangen, daß Gebrechen befeitigt werden. Die Regierung spricht sich für eine Pauschalierung des Anlagecapitals aus, diese Modalität verdiente den Vorzug vor der Garantirung des erst nachzuweisenden Anlagecapitals; im vorliegenden Falle liege kein Bedenken gegen die Bewilligung der Pauschalsumme, jedoch liegen noch keine Pläne und Kostenüberschläge vor. Die vorgenommenen Studien einer Bahnlinie zwischen Lemberg-Czernowitz gewähren keinen Anhaltspunct und die Concessionswerber wollen im Besitze der Concession sein, bevor sie das Project anstrengen lassen, um nicht 50.000 fl. Spejen einzubüßen. Der Regierungsbericht berechnet, daß der Durchschnittspreis der Baumile mit 775.000 fl. ein verhältnismäßig niedriger sei, und da bei Vollendung der Bahn kein Silveragio existieren wird, so könne 1. die Pauschalsumme von 31 Millionen angenommen, 2. die Gewährleistung von 5½ Percent in Silber verwilligt werden. Die Jahresquote sei rund 1.550.000 fl., die Capitalstilzung 50.000 fl. Die aus dem Titel der Staatsgarantie zu zahlende Summe sei bloss ein Vorschuß, mit vier Percent verzinstlich, rückzahlbar. Die Vor-, respective Zu schüsse seien drei Monate nach überreichter Jahresrechnung und nicht früher flüssig zu machen. Auch für die fünfjährige Befreiung von der Einkommensteuer votirt der Regierungsbericht. Ueberhaupt wird hergehoben, daß man jetzt nicht in der Lage sei, Feste zu feiern, daß das Fest der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn nicht bei dem Rescript verbleiben soll, sondern daß wirklich gegen die Beamten, welche die Pflichten ihrer Stellung vergessen, sofort disciplinarisch eingeschritten wird.

Das Eigenthum der Berliner „Bohischen Zeitung“ ist in Folge einer Erbtheilung ausschließlich von dem Stadtrichter Lessing (einem Großneffen des Dichters Lessing und Neffen des Malers Lessing) erworben worden. Statt des bisherigen Miteigentümers und Redacteurs Müller wird Dr. Lindner als verantwortlicher Redacteur zeichnen.

Die Kölner Stadtverordneten-Versammlung hat mit 13 gegen 8 Stimmen die Beteiligung an der Jubelfeier der Leipziger Schlacht abgelehnt. Die entscheidenden Gründe scheint die Majorität der Stadtverordneten vor Allem in der Besorgniß gefunden zu haben, daß man die französische Nation durch diese Feier beleidige. Ferner wurde von dieser Seite hergehoben, daß man jetzt nicht in der Lage sei, Feste zu feiern, daß das Fest der Leipziger Schlacht mit der Generalversammlung des Nationalvereines zusammenfalle, daß bei Leipzig Deutsche gegen Deutsche gekämpft haben v. s. w.

In der Philologenversammlung in Meißen sprach u. A. Steinthal von Berlin über die Verbindung der Philologie und Psychologie. In der archäologischen Section referierte Oberbeck aus Leipzig über den räthselhaften Ares von Budovici. Vorzüglich fleißig war die germanische Abtheilung, welche lange darüber sprach, wie Grimm's Andeutungen am geeignetesten zu ehren sei, und die Vorarbeiten einer besonderen Commission übertrug. Sehr gediegen behandelte Mußafia aus Wien ein von ihm bearbeitetes altfranzösisches Gedicht. Hildebrand trug einen Aufsatz vor über die Ursachen, warum der Meißenische Dialect lange als der beste in Deutschland gelogen habe. In der allgemeinen Schlusssitzung sprach Schwabe von Gießen über die Auffindung der Gedichte Catullus durch einen Thorshreiber Francesco in Verona etwa 1330, nachdem dieselben über 400 Jahre verschwunden gewesen waren. Er zeigte, daß zukünftiger Gattung stationiert ist.

Die Tochter Victor Hugo's

Italien.

Wie die „Opinione“ meldet, traf der italienische Gesandte am französischen Hofe, Herr Rigna, am 4. d. M. von Aix aus in Turin ein und reiste, nachdem er eine Audienz beim Könige gehabt hatte, am Abende desselben Tages wieder ab. — Prinz Humbert hat in der Garnison von Neapel ein Brigadecommando übernommen. Auf der Eisenbahn an der adriatischen Küste sind die sechs Meilen (48 Kilom.) von Pescara nach Ortona dem Verkehr übergeben worden.

Das Journal „Italie“ meldet, Herr Hudson sei am 4. vom Könige in einer Abschiedsaudienz empfangen worden, und Dr. Elliot werde Anfang nächster Woche eintreffen.

Die Küstenbefestigungs-Commission hat folgende Orte als am besten zur Anlage von Festungswerken geeignet bezeichnet: Genua, Spezia, Lavoro, Ortobello, Gaeta, Neapel, Tarent, Brindisi, Ancona; ferner auf der Insel Sardinien: Cagliari; auf der Insel Elba: Porto-Ferraio, und auf Sicilien: Messina und Syracuse. Berichterstatter ist der Ingenieur-Hauptmann Lambri.

Sterbini, einer der drei Triumviri zur Zeit der römischen Revolution im Jahre 1849 und später längere Zeit hindurch Redakteur des Journals „Roma“, ist am 30. Sept. in Neapel nach langer und schmerzlicher Krankheit gestorben.

Die von den Banditen auf der Straße von Castellamare festgehaltenen Reisenden, welche ein Lösegeld bezahlen mußten, sind alle freigegeben worden.

Russland.

Schon mehrmals war gemeldet worden, daß Hr. Nikolaus Milutin (ein Bruder des Kriegsministers) den ehemaligen Posten des Marquis Wielopolski — als Chef der Civilregierung des Königreichs Polen — übernehmen werde. Jetzt heißt es nach dem „Nord“, derselbe werde allerdings nach Warschau gehen, dagebst aber keine amtlichen Functionen übernehmen. Kaiser Alexander habe ihn „mit einer Reorganisierung der Institutionen des Königreichs“ beauftragt. Herr Milutin würde sich also an Ort und Stelle begeben, um Materialien zu sammeln, die Staatsmänner des Landes zu consultiren und die Dinge in der Nähe zu studiren, um zu erkennen, was bei den gegenwärtigen Zuständen sich ausführen ließe.

Am 25. Sept. wurde in Rossienie Anton Zycki wegen Theilnahme am Aufstande gehängt und der frühere Rittmeister im Generalstabe Krzyzanowski in Kiew erschossen.

Nach dem „Baterl.“ hat am 25. Sept. 10 Werft von Mariampol zwischen einer 400 starken russischen Militärabteilung und der Schaar des Spak ein Gefecht stattgefunden. Letztere war durch Verprengte und Zugänger aus dem Innern des Königreichs in den letzten Tagen wieder auf 140 Mann angewachsen. In dem Treffen wurden 38 Insurgenter getötet und 18 gefangen. Die Russen verloren an Toten ein en Capitän, zwei Mann und fünf Verwundete. Das Gefecht zeigt die Umgegend von Mariampol in nicht geringen Schrecken. Dabei beginnt die Gefinnung desjenigen Theiles der polnischen Bevölkerung, welcher sich seither an der Insurrection nicht beteiligt hat, in bedenklicher Weise zu schwanken.

Der Warschauer amtliche „Dziennik“ bringt folgenden Erlaß des General Berg: Die Hauptstadt Warschau ist seit mehr als zwei Jahren der Herd von Verbrechen und die Hauptquelle alles Unglücks, welches über das Land gekommen ist. Aus diesem Grunde sieht sich die Regierung bemüht, die Landesausgaben bedeutend zu vergrößern, was nur eine Folge der traurigen Zustände ist. Auch ist die Regierung verpflichtet, für die vielen daraus resultirenden Unglücksfälle Abhilfe zu treffen. Es ist daher eine Forderung der Gerechtigkeit, daß jene vergrößerten Auslagen nicht den Staatsschatz allein belasten, sondern daß auch die Stadt, welche eine so große Anzahl Verchworener und Mörder in ihrer Mitte duldet und birgt, einen Theil der dadurch entstehenden Auslagen trage. Unter diesen Verhältnissen bin ich bemüht, der Hauptstadt Warschau eine außerordentliche Contribution aufzuerlegen. Ich verordne demnach folgendes: 1. Die außerordentliche Contribution ist von allen Hauseigentümern und Besitzern unbeweglichen Privateigentums mit 8 % vom Einkommen einzuhaben. 2. Die Contribution ist bis 1. November d. J. zu erlegen. 3. Personen, welche bis zu diesem Termin die Contribution nicht erlegt haben, werden dazu mittelst einer Militärexecution verhalten werden und zwar in dem erhöhten Maße von 12 %. 4. Die Besitzer von Häusern und anderen Immobilien, welche mit Hypothekarschulden belastet sind, können, wenn die Gläubiger Privatpersonen sind, eine verhältnismäßige Abtreibung verlangen. 5. Die Regierungskommission des Innern legt dem Stadtmagistrat die Verpflichtung auf, alle zur Durchführung dieser Verordnung nötigen Verfügungen zu erlassen. — Ich seje hieron den Administrationsrath in Kenntnis und weise ihn an, das Entsprechende zu verfügen. (Ges.) Berg m. p. Allen seinen Befehlen hat, wie der „Dziennik“ hinzufügt, der Administrationsrath bereits Folge geleistet.

Die polnischen Zeitungen stellen entschieden in Abrede, daß in den Zamostischen Häusern in Warschau irgend etwas Compromittirendes vorgefunden sei. Dagegen wird von anderer Seite eben so entschieden behauptet, daß im Zamostischen Palais mehrere Convolute amtlicher Berichte und Correspondenzen der National-Comités von Litauen, Polen und Galizien gefunden worden sind, die freilich nicht aus der letzten Zeit, sondern aus dem Winter und Frühjahr datirt sein sollen. Dieser Fund habe zu dem Schlusse geführt, daß manche Bewohner des Zamostischen Palais der Leitung des Aufstandes sehr nahe gestanden haben.

Wie der „Gaz“ angibt, soll nach dem (erwähn-

ten) Treffen bei Piaseczno das russische Militär an den gar nicht beteiligt gewesenen Einwohnern der Umgegend wieder wilde Racheakte verübt haben. So überfielen sie in dem Dorfe Glosowice den auf dem Felde bei der Kartoffelernte befindlichen Baron Daniel und massacirten ihn. Eine andere Abtheilung verbrannte das Dorf Pruszlow, wobei auch das Palais und die Wirtschaftsgebäude des Gutsbesitzers in Rauch aufgingen.

Der „Dzienn. pow.“ vom 7. d. berichtet: Oberstleutnant Pisanko hat mit einer Abtheilung von 1½ Compagnien des Bieloziersk Regiments und 130 Kosaken am 3. d. unweit Czestochau zu 100 Gendarmen völlig ausgerieben. Die Hälfte von ihnen blieb auf dem Kampfplatz; 30 schwer Verwundete wurden der Civilbehörde übergeben und 23, darunter der Außherre Przybylowicz, wurden gefangen und alle Waffen weggenommen. Auf Seite des Militärs ist Esaul Kalina und 1 Kosak verwundet.

Diese Gendarmen hatten 6 Landleute aus dem Dorfe Dobrow aufgelöst und deren Hütten verbrannt. Der „Dzienn. pow.“ vom 7. d. berichtet: Oberstleutnant Pisanko hat mit einer Abtheilung von 1½ Compagnien des Bieloziersk Regiments und 130 Kosaken am 3. d. unweit Czestochau zu 100 Gendarmen völlig ausgerieben. Die Hälfte von ihnen blieb auf dem Kampfplatz; 30 schwer Verwundete wurden der Civilbehörde übergeben und 23, darunter der Außherre Przybylowicz, wurden gefangen und alle Waffen weggenommen. Auf Seite des Militärs ist Esaul Kalina und 1 Kosak verwundet.

Die Küstenbefestigungs-Commission hat folgende Orte

Krakauer Corps am 8. Octbr. Neue Silber Rubel-Agio fl. p. 104 verlangt. fl. p. 103 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. östl. Währ. fl. 387 verl. 381 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. östl. W. Thaler 90½ verl. 89½ bez. — Neues Silber für 100 fl. östl. Währ. 111½ verl. 110½ bez. Russische Imperial fl. 9.22 verl. fl. 9.08 bez. — Napoleon-Dukaten fl. 5.38 verl. 5.30 bez. — Polnische Pfandbriefe ohne Coupons fl. p. 9.2 verl. 9.3 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Comp. in östl. Währ. fl. 80½ verl. 79½ bez. — Grundlastungs-Obligationen ohne Coupons fl. 76 verl. 74½ bez. — National-Anleihen vom Jahre 1854 fl. östl. Währ. 82 verl. 81 bez. — Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. östl. Währ. 201 verl. 199 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Gestern (8. d.) zeitlich früh wurde, wie uns mitgetheilt wird, an der Gränze in der Gegend von Paczaltowice (Bezirk Krzeszowice) Kanonen- und Kleingewehrfire vernommen, was auf ein stattgefundenes Gefecht schließen läßt.

Der „Gaz“ erhält die Mittheilung von einem kleinen Gefecht, das am 3. d. eine nicht groÙe berittene Insurgenten-Abtheilung in der Gegend von Czestochau mit den Russen bestanden hat. Näheres hierüber ist dem „Gaz“ unbekannt (s. o. „Dzi. pow.“).

Wie dem „Gaz“ aus Graudenz geschrieben wird, gerente Kaiser Napoleon Rom zu räumen und soll bereits dem König Victor Emanuel erklärt haben, er werde ihm die Vertheidigung Roms gegen die Garibaldisten erleichtern. Es sollen in dieser Hinsicht aus Paris sehr wichtige Andeutungen in Vaticano eingetroffen sein, die schon ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln hervorgerufen hätten. General Fanti wäre zum Wollstrecker dieses Plans designiert und weile deshalb in Rieti. Am 27. v. M. soll er sogar in Rom mit dem Führer des geheimen Comité's verkehrt haben. Obwohl „Gaz“ die Verantwortung für die Wahrheit dieser Nachricht nicht auf sich nehmen will, erklärt er doch, daß sie aus guter Quelle stamme.

Aus Paris wird der „G. C.“ unter 3. d. von verlässlicher Seite gemeldet, daß das dortige polnische Nationalcomité eine Adresse an Se. Heiligkeit den Papst gerichtet, worin zuerst für das Wohlwollen gedankt wird, welchem der Papst für Polen durch die Verordnung für dasselbe öffentliche Gebete abzuhalten, Ausdruck gegeben. An diesen Dank anknüpfend, wird das Oberhaupt der katholischen Kirche gebeten, seinen Schutz dem schwer geprüften Polen auch in der Zukunft nicht entziehen und Alles aufzubieten zu wollen, um dem schwer bedrängten katholischen Glauben in Polen Trost und Hilfe zu gewähren. Dabei wird angeführt, daß seit Februar 1863 35 katholische Geistliche hingerichtet und über 300 theils in Kerken ermordet beantwortet.

Bei der gestrigen Galatafel in Glücksburg brachte Prinz Christian ein Hoch auf den König aus. Er gedachte der ernsten politischen Lage des Landes und sagte, er könne die feste Überzeugung aussprechen, daß jeder wie er selbst für die Ehre, Selbstständigkeit und das Recht Dänemarks Blut und Leben opfern werde.

Der König antwortete, daß die Worte des Prinzen, so wie vom Herzen kommen, auch überall wo hin sie reichten, Wiederhall finden würden. Er wünsche den Frieden; könne dieser aber nicht bewahrt werden, so werde sein treues Volk seine Stütze sein. Der König schloß mit einem Hoch auf das geliebte Vaterland.

[Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 8. October.] Beginn der Sitzung: 10½ Uhr. Auf der Ministerbank: Ihre Exellenzen die Herren Minister v. Schmerling, v. Lasser, v. Plener.

Die Constituirung der in letzter Sitzung gewählten Ausschüsse wird angezeigt.

Zunächst wird die Wahl des Ausschusses für die Personal-, Luxus- und Classensteuer vorgenommen.

Abg. v. der Straße berichtet für den Petitionsausschuß. Mehrere Petitionen um Aufhebung der Brauntweindifferentialsteuer werden an den betreffenden Ausschluß gewiesen.

Es soll zur Berichterstattung über das Heimatsrecht übergegangen werden. Graf Rothkirch beantragt die Verschiebung des Gegenstandes der nächsten Sitzung, da der Bericht sich noch zu kurze Zeit in den Händen der Abgeordneten befindet.

Der Antrag wird angenommen und somit die Sitzung nach Mittheilung des Wahlresultates: (129 Stimmen) Graf Rothkirch, Wafer, Rosthorn, Kaiser, Wenzel, Peiffer, Eugen Kinsky, Heyz, Holowy um 11½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen; Tagesordnung: Heimatsgesetz.

Dem in der heutigen Sitzung verteilten Bericht über das Heimatsgesetz entnehmen wir folgende Punkte. Der Ausschluß schließt sich im Allgemeinen der Regierungsvorlage an. Zu s. 2 wird der Zusatz beantragt, daß man Gemeindeangehöriger nur in einer Gemeinde sein könne. Eine Bestimmung, welche auf den politischen Gegensatz Bezug nimmt, mußte in Folge der beschlossenen Aufhebung des letzteren wegfallen. Die in mehreren Petitionen erbetene Ausnahmeweise Erwerbung des Heimatsrechtes für Arbeiter kann der Ausschluß nicht empfehlen. Derselbe schlägt eine Bestimmung über die Heimatsverhältnisse der Militärpersonen, welche in dem Regierungsentwurf nicht berührt werden, dagegen die Weglassung des Absatzes über das Heimatsrecht der Chegattinen nach Ungültigkeitserklärung der Ehe und des §. 46, Aussichtsrecht der Landesausschüsse &c. &c. bezüglich der Armenpflege (als nicht höher gehobig), vor; er erkennt nicht an, daß es auf ausgeschiedenen Gutsgebieten ein Heimatsrecht geben könnte, ändert demgemäß die bestehenden Bestimmungen über die Zuweisung der Heimatlosen und erachtet endlich für zweckmäßig, am Schlusse noch ausdrücklich die Gesetze zu berühren, welche durch das neue Heimatsgesetz keine Änderung zu erleiden haben.

Am 7. d. hat der Ausschluß zur Vorberathung der formellen Behandlung der Steuerreform-Vorlagen Sitzung gehalten. Es wurde zwar noch kein formeller Beschluß gefaßt, aber die Ansichten der Majorität scheinen sich dahin zu eignen, dem Hause zu empfehlen, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu wählen, in welchem jedes Land vertreten sein soll. Auch soll dem Hause als zweckmäßig dargestellt werden, daß der Ausschluß auch nach Schluss der Session seine Arbeiten fortführe, zu welchem Ende eine entsprechende Änderung der Geschäftsbündnung vorzunehmen wäre, über welche der ohnedies über den Mühlfeldischen Antrag auf Abänderung der Geschäftsbündnung niedergelegte Ausschluß zu berathen und zu berichten hätte. Das sind, wie gesagt, Meinungen, welche nach der „Gen.-Corr.“ die Majorität für sich zu haben scheinen, kein Beschluß.

Der Ausschluß für die Gebühren-Gesetzesnovelle hat am 7. d. Sitzung gehalten und sich vorläufig über die Abänderungen besprochen.

Hermannstadt, 7. October. In der heutigen Landtagssitzung wurde der Gesetzesartikel 1 (Gleichstellung der romanischen Nation), wie er mit Rescript vom 27. Sept. herabgelangte, angenommen. Oberst beantragt: Der Landtag möge der Regierung die Bitte um Herabsetzung der Militärdienstzeit unterbreiten. Morgen Debatte über die Beschickung des Reichsrathes.

Berlin, 7. October. Von der polnischen Gränze

(7.) wird berichtet: Im Hotel Europe in Warschau wurde vorgestern ein russischer Spion erdolcht, der Thäter blieb unentdeckt. Die männliche Bevölkerung wurde in Folge dessen verhaftet, das Hotel selbst militärisch besetzt.

Berlin, 7. October. Der „Staatsanzeiger“ meldet einen Beschluß des Staatsministeriums vom 22. September, nach welchem die Stellvertretungskosten für aus Staatsfonds besoldete Beamte während einer durch die Einnahme der Wahl zum Abgeordnetenhaus herbeigeführten Verhinderung in der Verrichtung der Amtsgeschäfte fortan nicht mehr aus Staatsfonds bestritten werden, sondern die Behörden von den Rentenministern anzusehen sind, von den zunächst fälligen Raten der Bezahlung des vertretenen Beamten die erforderlichen Beträge zur Deckung der Stellvertretungskosten zurückzubehalten und zu verwenden.

Berlin, 7. October. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Der König von Belgien wird auf seiner Reise nach Italien dieser Tage in Baden-Baden eine Unterredung mit dem Könige von Preußen haben.

Kopenhagen, 7. October. Das heutige „Fædrelandet“ schreibt: Der Abschluß einer nordischen Allianz ist jetzt als sicher zu betrachten; obwohl dieselbe noch nicht unterzeichnet und ratifiziert ist, wird solches doch in der allernächsten Zeit geschehen. Die Urkunde der Verzögerung ist keineswegs seine Meinungsverschiedenheit, sondern Höflichkeit gegen die Mächte, von welchen dem Vernehmen nach Frankreich die diesseitige Mitteilung auf das zuvor kommende erwartend beantwortet.

Bei der gestrigen Galatafel in Glücksburg brachte Prinz Christian ein Hoch auf den König aus. Er gedachte der ernsten politischen Lage des Landes und sagte, er könne die feste Überzeugung aussprechen, daß jeder wie er selbst für die Ehre, Selbstständigkeit und das Recht Dänemarks Blut und Leben opfern werde. Der König antwortete, daß die Worte des Prinzen, so wie vom Herzen kommen, auch überall wo hin sie reichten, Wiederhall finden würden. Er wünsche den Frieden; könne dieser aber nicht bewahrt werden, so werde sein treues Volk seine Stütze sein. Der König schloß mit einem Hoch auf das geliebte Vaterland.

Calais, 5. October. Der König der Hellenen Georg hat sich heute hier eingeführt, um sich über Dover nach London und Balmoral zu begeben.

Suez, 3. September. Nachrichten aus Melbourne vom 25. August melden, daß der Krieg in Neuseeland im Zunehmen begriffen; die Maoris erscheinen zahlreich. — Nachrichten aus Shanghai vom 20. August melden, daß in Japan die Vertreibung der Fremden offen proclamirt sei.

New-York, 26. September. Das Corps Shermans von der Armee Grants vereinigte sich am 23. mit Rosencranz. Man befürchtet eine Niederlage Burnside's bei dem Versuche Rosencranz zu verstärken, und andererseits, daß Rosencranz sich zurückziehen müsse, falls die Verstärkung mislingt.

Nach den Journalen der Südstaaten stehen sich die feindlichen Streitkräfte am Rapid-Anschlag gegenüber; die Consöderirten halten alle Kurten bezeugt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Voce.

Verzeichnis der Angekommenen und Abgereisten vom 8. October.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Felix Dorozyński, aus Russland. Johann Graf Chodkiewski, aus Russland. Titus Drohojowski, aus Galizien.

Abgereist sind die Herren: Karl Baranowski, Gutsb., nach Wien. Eduard Bischof, f. f. Ministerialrat, nach Galizien. Leopold Graf Polityko, Gutsb., nach Dresden.

* [Eingesandt] Morgen wird die von früher her bekannte Bierhalle bei Polana im ersten Stock eröffnet werden.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm. 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Lemberg nach Krakau 8 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg ans Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends. — von Lemberg nach Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Amtsblatt.

N. 21607. **Kundmachung.** (847. 2)

Am 25. d. Mts. ist das Bezirks-Städtchen Sokołow durch eine verheerende Feuerbrunst größtentheils niedergebrannt. Das Feuer brach am obigen Tage um 1 Uhr Mittags aus einer bisher noch nicht festgestellten Veranlassung aus, und verwandelte binnen wenigen Stunden 300 Häuser samt Nebengebäuden in einen Aschenhaufen. Durch diesen Brand sind mehrere hundert Familien meist zur Classe der Handel- und Gewerbe treibenden Bevölkerung gehörig und nur zum Theil vom Feldbau lebend dem größten Nothstande und Elend preisgegeben worden, der verursachte annäherungsweise veranschlagte Schaden beläuft sich auf beißtig 500.000 fl. ö. W. Zur Eindeutung der Noth für den ersten Augenblick hat das t. f. Bezirksamt Sokołow und die f. f. Kreisbehörde in Rzeszów die entsprechenden Einleitungen getroffen, und mittelst Aufruf an die Bevölkerung des Rzeszower Kreises die Hülfeleistung derselben für die Abbränder angeprochen. Um jedoch den Verunglückten eine reichhaltigere Hülfe zu bringen, ihnen den Wiederaufbau ihrer Wohnungen und die Wiederaufnahme des Gewerbs zu ermöglichen, finde ich mich veranlaßt, eine allgemeine Sammlung milder Gaben im Krakauer Verwaltungsgebiete auszuschreiben, und die sich nie verläugnende Mildthätigkeit der Bevölkerung zu freimülligen möglichst ergiebigen Beiträgen für die Verunglückten anzusprechen. Mit der Durchführung dieser Sammlung werden die H. Kreis- und Bezirksvorsteher in ihrem Gebiete beauftragt und angefordert, die einschließenden Beiträge im Baaren alle 14 Tage, spätestens alle Monate, an den Herrn Kreisvorsteher in Rzeszów, die Naturalgaben aber unmittelbar an den H. Bezirksleiter in Sokołow zu leisten.

Die einschließenden Beiträge werden durch ein eigenes bestelltes Comité den Verunglückten zugewendet, und monatweise mittelst der Krakauer Zeitung kund gemacht werden.

Krakau, am 30. September 1863.

Nr. 11702. **Kundmachung.** (843. 2-3)

Wegen Sicherstellung des auf den Aerarial-Wasserbau-fond entfallenden Theiles der Materialien und Arbeiten für die mit hohem f. f. Statthalterei-Commissions-Gefasse vom 3. September l. J. 3. 1934 genehmigte Aufholung der Fachinenwerke Nr. 5, 6, 7 an der Weichsel bei Metkow, wird die Öffertverhandlung bei der f. f. Kreisbehörde am 21. October 1863 Vormittags vorgenommen werden.

Die sicherzustellenden Erfordernisse bestehen:

- in der Beifstellung des Materials am Stock, für 2442^{3/4} Fachinen im Fiscalpreise à 10^{1/2} fr.
- b) in der Erzeugung von 2442^{3/4} Fachinen im Fiscalpreise à 1^{3/4} fr.
- c) in der Zufuhr von 2442^{3/4} Fachinen im Fiscalpreise à 3^{1/2} fr.
- d) in der Beifstellung des Materials am Stock für 4885^{1/2} Pfosten im Fiscalpreise von $\frac{7}{8}$ fr.
- e) in der Erzeugung von 4885^{1/2} Pfosten im Fiscalpreise von 1^{1/8} fr.
- f) in der Zufuhr von 4885^{1/2} Pfosten im Fiscalpreise von $\frac{7}{8}$ fr. öst. W.
- g) in der Herstellung von 67^{123/144} Kub. M. ftr. f. f. Schienebahn im Fiscalpreise à 1 fl. 40 fr.
- h) An Requisiten-Geschädigung 4 fl. 75 fr.

Die Öfferten müssen den Vor- und Zunamen, so wie den Wohnort des Offerenten, den Anbot in Buchstaben und Ziffern, dann die Clausel, daß der Offerent den ihm bekannten Bedingungen sich unterziehe, enthalten, mit 63 fl. als 10% Badium des Gesamtfiscalpreises belegt sein und längstens bis 12 Uhr Mittags des 21. Octobers, bei der f. f. Kreisbehörde überreicht werden.

Die näheren Bedingungen können beim Podgorzer Wasserbaubüro am Tage der Verhandlung aber bei der f. f. Kreisbehörde eingesehen werden.

Krakau, am 2. October 1863.

Nr. 15916. **Kundmachung.** (831. 3)

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß zur Sicherstellung der Tabak-Material-Verfrachtung außer den durch die Eisenbahn verbundenen Strecken zu den im Krakauer Finanzverwaltungsgebiete befindlichen Tabak-Berghleihmagazinen für das Sonnenjahr 1864 d. i. vom 1. Januar bis letzten Dezember 1864 oder aber für die nächsten drei Solarjahre d. i. vom 1. Jänner 1864 bis letzten Dezember 1866 die Öffertverhandlung mit dem Termine bis einschließlich 2. November 1863 juchs Uhr Abends eröffnet wird.

Die Stationen, aus zu welchen die Verfrachtung stattzufinden hat, die beiläufige Gewichtsmenge, die Wegestrecke und das Badium, sowie die übrigen Licitations- und Vertragsbedingungen können bei der f. f. Finanz-Landes-Direction in Krakau und Lemberg, sowie bei den diesen Finanz-Landes-Directionen unterstehenden Finanzbezirks-Directionen eingesehen werden.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 29. September 1863.

Nr. 4426. **Edict.** (832. 3)

Vom f. f. städt. deleg. Bezirksgerichte in Krakau wird hiermit bekannt gemacht: es sei auf Anuchen der f. f. Finanz-Prokuratur Namens der Gemeinde Zdarze hinsichtlich des in Verlust gerathenen Empfangsscheines der bestandenen Kreisscheine in Bochnia vom 10. Jänner 1850 über die von der Gemeinde Zdarze übergebene in der am 1. März 1848 gezogenen Serie 488 verlorenen galizischen Naturalieferungsobligation dieser Gemeinde Nr. 10507, ddt. 22. October 1799, über 47 fl. 10^{1/2} fr. zu 2% in die Einleitung des Amortisationsverfahrens gewilligt worden.

Es werden demnach alle diejenigen, welche diesen Empfangsschein in Händen haben hemit aufgefordert, denselben binnen einem Jahre vom unten angegebenen Tage an ge-rechnet vorzubringen und ihren alßfälligen Rechtsanspruch darauf auf zu gewisser geltend zu machen, als sonst nach Verlauf dieser Frist der fragliche Empfangsschein für nichtig und rechtsumwicksam erklärt werden würde.

Krakau, am 12. September 1863.

Nr. 12126. **Ankündigung.** (848. 1-3)

Zur Verpachtung der städtischen Propriation in Wieliczka, auf die Zeit vom 1. November 1863, bis letzten October 1866 wird am 22. October d. J. 10 Uhr Vormittags in der Wieliczaer Magistratsanstalt die zweite öffentliche Auktion abgehalten werden, bei welcher auch schriftliche Offerte eingebracht werden können.

Lebhafte haben mit einer Stempelmarke von 50 fr. öst. W. verliehen zu sein, und die genaue Angabe des Ge-

genstands, des Anbotes, Vor- und Zunamens, so wie des Wohnortes der Offerenten zu enthalten.

Der Fiscalpreis für ein Jahr, beträgt 13531 fl. öst.

Währ. wovon 10% als Badium vor Beginn der Auktion zu erlegen, oder der Offerte anzuschließen ist.

Die Pachtbedingungen können in der Wieliczaer Ma-

istratsanstalt eingesehen werden.

Krakau, am 6. October 1863.

Obwieszczenie.

Celem wydzierzawienia propinacji miejskiej w Wieliczce na czas od 1. Listopada 1863 po koniec Października 1866 r. odbędzie się na dniu 22. Października b. r. od godziny 10. przedpołudniu w kancelary Magistratu tamtejszego druga i ostatnia publiczna licytacja, przy której także oferty pisemne przyjmowane będą.

Oferty mają być zaopatrzone znakiem steplowym za 50. kr. a. w. i zawierać dokładne wymienienie przedmiotu, sumy ofiarowanego, imię, nazwisko i miejsce zamieszkania ofarowującego.

Cena wywołalna na jeden rok wynosi 13531 złr. w. a. od której 10% jako wadyum, przed rozpoczęciem licytacji złożyć, albo do oferty załączec należy.

O warunkach dzierżawy można powiązać wiadomość w kancelary Magistratu w Wieliczce.

Kraków, d. 6 Października 1863.

Nr. 624. **Ogłoszenie konkursu.** (826. 1-3)

Do ubiegania się o pięć stypendów przeznaczonych dla uczącej się młodzieży z fundacji s. p. Jana Żurakowskiego.

Wydział królestwa Galicyi i Lodomeryi i Wielkiego Księstwa Krakowskiego czyni niniejszym wian-

damo, iż z początkiem roku szkolnego 1863/1864 będzie do rozdania dla uczącej się młodzieży na czas trwania nauk **pięć stypendów** miano-

wicie: trzy stypendia po 262 złr. 50 cent. w. a.

a dwa stypendia po 210 złr. w. a., o które to

stypendia prośby przez dotyczące władze szkolne do **Wydziału krajowego** do 15 Listopada

1863 podane być mają.

Najpierw wyrażone trzy stypendia po 262 złr. 50 cent. w. a. i jedno ze stypendów po 210 złr. w. a. przenaczone są dla synów dawniej szlachty polskiej, przed innemi zaś dla potomków z fa-

mili fundatora Wgo. Jana Żurakowskiego i famili

zienia jego Wgo. Juliana Starzyńskiego, jeżeliby

sie tacy o nadanie stypendów zgłosili. Ostatnie

stypendium o rocznych 210 złr. w. a. może być

nadane uczniom do szlachty polskiej nie należącym.

Ubiegający się o nie uczniowie, którzy do pol-

skiej narodowości, jako rodowici Galicyanie ob-

rządu rzymsko-katolickiego należać mają, powinni

złożyć w, andernitig unterbracht werden.

1. świadczenia ubóstwa, wydane przez władze

miejscowe;

2) świadczenia szkolne w dowód, iż kandydaci

jako uczniowie publiczni uczęszczają do za-

kładów naukowych jakiegokolwiek wydziału,

w Galicyi istniejących, mianowicie mogą przy-

kałać się do nauk na wszechnicach, szko-

łach gimnazjalnych, realnych, technicznych,

agromanicznych, lub zakładach sztuk pięk-

nych i t. d. lecz odznaczać się mają postę-

udem w dotyczących naukach, pilnością i do-

bremi obyczajami. Wyłączeni są uczniowie szkół ludowych i słuchacze nauk teologicznych;

3) świadczenia o odbytej naturalnej lub szczepionej ospie.

Jeżeli proszący pragną otrzymać stypen-

dy dla szlachty przeznaczone, tedy mają

być złożone:

4) dowody, jako do staropolskiej szlachty należą;

w którym to celu złożyć potreba certyfikat szlachectwa, lub dowodnie wykazać pocho-

dzenie kandydata od legitymowanego przodka.

Rozdawanie stypendów należy do J. Exc. JW. Agenora hr. Gotuchowskiego, który także ma

prawo: a) uwolnienia ucznia od obowiązku ueze-

szczania do publicznych szkół, lub zakładów nau-

kowych w Galicyi, jeśliby szkoła lub zakład w za-

wodzie, któremu się uczeń oddaje, w tym kraju

wcale nie istniały, b) użyć stypendium na zasilek

nadzwyczajnie uzdolnionych młodzieńców celem

wysłania ich po ukończeniu nauk w szkołach lub

zakładach w Galicyi istniejących, za granicę dla

dalszego iż wykształcenia, który to zasilek jednak

nie dłużej, jak tylko na dwa lata udzielony

być może.

Z Rady wydziału krajowego królestwa Galicyi i

Lodomeryi.

Lwów, dnia 24 Września 1863.

Nr. 48732. **Kundmachung** (844. 1-3)

Durch die Resignation des Paul Scheiner ist an der hierorts eröffneten griech. orient. Oberrealschule vorläufig mit deutscher Unterrichtssprache eine Lehrerstelle für deutsche Sprache als Hauptfach, Geographie und Geschichte oder rumänische oder ruthenische Sprache als Nebenfach in Gelehrigung gekommen.

Bewerber um diese mit dem Jahresgehalte von 630,- beziehungsweise 840 fl. ö. W. aus dem Befeuiner griech.

orient. Religionsfonde und dem Ansprache auf Decennal-

Zulagen unter den geleglichen Bedingungen verbundene

Stelle, haben ihre wohlstrukturten mit der Nachweisung

über die Lehrbefähigung für selbstständige Realshulen

belegten Gesuche, falls sie bereits in einer öffentlichen Be-

dienstung stehen, im Wege ihrer vorgelegten Behörde, sonst

aber unmittelbar bei der Befeuiner f. f. Landesbehörde

in Czernowitz längstens bis 15. November l. J. ein-

zubringen.

Es wird übrigens in Gemäßheit der Verordnungen

des hohen f. f. Staatsministeriums vom 22. Februar 1862

3. 1529 C. II. und vom 24. September 1862 3. 9795 C. II. bemerkt, daß gesetzlich befähigte landeseingeborene

Bewerber, welche der gr. orient. Religion angehören, und

nebst der deutschen auch der romanischen Sprache kundig

sind, vorzugsweise werden berücksichtigt werden, und daß

ein katholischer Lehrer, wenn er für die erste Zeit ange-

stellte werden müßte, sobald sich ein Kandidat des gr.

orient. Bekanntnisses die gesetzliche Befähigung erworben

haben wird, anderweitig unterbracht werden wird.